

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bayern e.V.

Liebe „an"-Leserinnen und –Leser,

es naht das Jahr 2003, in dem, beginnend mit dem 30. Januar, eine Reihe von „runden" Jahrestagen an die Machtübernahme der Nazis 1933 und den Beginn ihrer Terrorherrschaft erinnern. Die ersten Morde an politischen Gegnern, die Eröffnung des Konzentrationslagers Dachau, die Bücherverbrennung. Die Reihe ließe sich fortsetzen. Wir wollen diese Jahrestage nutzen, um verstärkt an die Öffentlichkeit zu gehen, in Seminaren und Veranstaltungen das notwendige historische Wissen zu vermitteln, das es braucht, um breitere Kreise zum gemeinsamen Handeln gegen Faschismus und Krieg zu ermutigen. Für Unterstützung – auch finanzielle – sind wir wie immer dankbar. VVN-BdA Bayern, Kto.-Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Die Nazis gestoppt – aber die Provokationen gehen weiter



Konnte der Naziaufmarsch am 12. Oktober in München dank des Engagements von mehreren Tausend Bürgerinnen und Bürgern auch gestoppt werden, scheint es sich dennoch unter den Neonazis herumgesprochen zu haben, dass Bayern und seine Landeshauptstadt ein geeignetes Umfeld für weitere Provokationen bieten. So haben sie seither Woche für Woche „Mahnwachen" gegen die Wehrmachtsausstellung im Zentrum der Stadt angemeldet – und bekommen dafür üppigen Polizeischutz. Für den 30. November haben sie bereits mit eine weitere Demonstration angemeldet: ein brauner „Sternmarsch" in München soll es diesmal werden.



Verweis auf die Geschwister Scholl: SchülerInnen des Willi-Graf-Gymnasiums bei der Auftaktkundgebung auf dem Münchner Marienplatz (Bild unten). Martin Löwenberg, Landesvorstandsmitglied der VVN-BdA Bayern und Sprecher des „Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch" (links) und Heinrich Birner, Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di in München, beim Beraten darüber, wie den Nazis ein Riegel vorgeschoben werden kann (Bild oben).

Nach allem, was nicht zuletzt auch von der bayerischen Justiz in den vergangenen Monaten zu erleben war, wenn es um die Genehmigung von Naziaufzügen ging, ist weiterhin Schlimmes zu befürchten. Die Polizei im Freistaat, stets einsatzfreudig, wenn ihr an Flugblättern oder Transparenten antifaschistischen Inhalts etwas nicht gefällt, nimmt sich bei Nazi-Losungen – wie im August in Wunsiedel oder auch am 12. Oktober in München auf Transparenten herumgetragen – oft erstaunlich zurück. Dabei böten hier Grundgesetz, Landesverfassung und geltende Strafgesetze wahrlich genug Möglichkeiten zum Einschreiten.

Handelt es sich da wirklich nur um Unwissenheit und Unkenntnis, um falsches Toleranzverständnis? Wie auch immer: Das Neonazi-Netzwerk hat seine unverhohlene Freude daran. Immer offener werden die Traditionslinien zum Dritten Reich und zum Nationalsozialismus öffentlich zur Schau gestellt.

Nachdem der einst in der rechtsextremistischen Szene erfundene und von ihr verbreitete Slogan „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" inzwischen auch von Repräsentanten der „bürgerlichen Mitte" aufgenommen wurde, haben sich die Neonazis aufgemacht, die nächste Hürde zu nehmen. Bisher aus taktischen Gründen noch meist akzeptierte Faschismusverbote, die öffentliche Propaganda betreffend, werden zunehmend ignoriert.

Es kann abgewartet werden, wann die ersten Transparente, Schilder und Jackenaufnäher auftauchen, auf denen steht. „Ich bin stolz, ein Nazi zu sein." Und auch da werden dann wahrscheinlich

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1:

Die Nazis gestoppt aber die Provokationen gehen weiter

uniformierte Ordnungshüter daneben stehen und sagen, sie wüssten jetzt nicht genau, ob das noch zur freien Meinungsäußerung gehöre oder vielleicht doch ein bisschen strafbar sei. Da müssten sie erst mal bei ihren Vorgesetzten anfragen...

Am Rande vermerkt, damit die Polizistenschelte nicht zu einseitig wird: Als ich am 12. Oktober mit meiner eingerollten Fahne in der Hand durch den Hauptbahnhof zum ver.di-Haus in der Bayerstraße strebte, hielt mich ein grün uniformiertes Paar zwecks Demonstrationsmittelkontrolle an. Die junge Polizistin meinte dann, als sich das Banner in voller Pracht entfaltet hatte: „Ach so, Sie gehören zu denen von der Gewerkschaft, die gegen die Nazis demonstrieren. Prima!“

Es gibt also auch solche. Und wahrscheinlich sind es gar nicht so wenig. Wir sollten sie in ihrem demokratischen Selbstverständnis dadurch bestärken, dass wir noch massenhafter als bisher deutlich machen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Diese notwendige staatsbürgerkundliche Aufklärungsarbeit ihren Dienstvorgesetzten, bis hinauf in die Ministerien, zu überlassen, hat – erfahrungsgemäß – wohl wenig Erfolgsaussichten. Gerade in Bayern. Nicht zuletzt, weil in diesem Bundesland Grau- und Braunzonen leider seit Anfang des letzten Jahrhunderts ins ansonsten ja nicht gerade unansehnliche Landschaftsbild gehören.

In jüngerer Zeit war immer wieder einmal etwas über ganz eigentümliche Querverbindungen zu erfahren. Nicht selten war es der nun wirklich dem neofaschistischen Spektrum zuzuordnende Herausgeber der „Nationalzeitung“, Gerhard Frey, der besonders gerne postume „Outings“ vornahm, wenn eine bekannte Persönlichkeit aus dem rechtskonservativen Spektrum verblichen war. Er wies dann in seinem Blatt darauf hin – und hatte wohl genügend Material an der Hand, um zu wissen, dass er sich mit diesen Enthüllungen auf der sicheren Seite befand und keine Dementis oder gar Klagen zu befürchten hatte –, wie treu ihm manche wichtige Leute zum Wohle seiner „Nationalzeitung“ und sonstiger Aktivitäten zu ihren Lebzeiten zur Seite gestanden hätten. Teils beratend, teils auch, unter Pseudonymen versteht sich, als Schreibende in seinem Organ.

Die warmen Nachrufe des Gerhard Frey galten etwa Alfred Seidl (CSU); in den 70er-Jahren Innenminister im Freistaat und damals bekannt als ein besonders Scharfer, wenn es gegen links ging und ein ebenso Milder, wenn seine Behörde etwa mit der terroristischen Nazi-„Wehrsportgruppe Hoffmann“ umzugehen hatte. Bei den Nürnberger Prozessen war Seidl übrigens Verteidiger von Rudolf Heß.

Von Frey als Freund gewürdigt wurde auch Reinhard Gehlen, der seinen NS-Geheimdienst „Fremde Heere Ost“ im Kalten Krieg mit US-Hilfe zuerst ins „Amt Gehlen“ und schließlich in den Bundesnachrichtendienst umwandeln durfte. Und nicht zuletzt Theodor Maunz (CSU), dem seine Nazi-Vergangenheit zwar einst sein Weiterwirken als bayerischer Kultusminister unmöglich machte, der aber als Jurist und Grundgesetz-Kommentator Maßgebliches zur heute in weiten juristischen Kreisen üblichen Verfassungsinterpretation beigetragen hat.

Wer es lieber bunt als braun mag und findet, dass auch allzu viele Schwarztöne eher eine trübe Stimmung befördern, der ist mehr denn je gefordert, sich mit seinen individuellen Farbtupfern öffentlich zu zeigen und sich in das demokratische und antifaschistische Spektrum einzubringen. **Ernst Antoni**

Kein Durchkommen für die Nazis: GegendemonstrantInnen vor dem ver.di-Haus in der Münchner Bayerstraße.

Gottesdienst mit Ernst Grube“ überschrieb die Dachauer Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ die Ankündigung einer Veranstaltung in der Evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Ernst Grube, Landessprecher der VVN-BdA Bayern, war dort am 27. Oktober eingeladen, als Gastredner eine Folge von Gottesdiensten zu eröffnen, die das Thema „Gewalt“ zum Inhalt haben.

„Der Vergleich ist ein Warnsignal“

Er schilderte die Gewalt, die er und seine Geschwister als jüdische Kinder in der NS-Zeit am eigenen Leib erfahren mussten, das Leben im Barackenlager vor der Deportation nach Theresienstadt, die ständigen Schikanen und Diskriminierungen. Grube beließ es aber nicht dabei, sondern spannte einen Bogen in die Gegenwart:

„Kennen wir nicht viele dieser Erlebnisse oder Zwangsmaßnahmen heute? Einschränkung der Wohnsituation von Minderheiten, Leben in Baracken oder anderen teilweise menschenunwürdigen Unterkünften, Ausgrenzung von Ausländern und deren Kindern, Trennungsschmerz, wenn Jugendliche und Kinder von ihren Eltern getrennt werden.“ Und er stellte die Frage: „Dürfen wir nur deshalb nicht vergleichen, weil es natürlich heute keine Deportationen und bewusste Vernichtung dieser Menschen gibt? Selbstverständlich heißt Vergleichen nicht Gleichsetzen. Aber machen wir uns denn Gedanken, wie es diesen Menschen nach ihrer Abschiebung in ihren ‚Heimatländern‘ geht.?“

„Das Thema Gewalt“, führte er weiter aus, „verbunden mit den Verbrechen der Nazis an den Juden, Sinti und Roma, an den politischen Gegnern, wirft viele Fragen auf. Die Nazis führten gleichzeitig mit der Ermordung von sechs Millionen Juden einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Ohne die Verbrechen der Wehrmacht wäre der Holocaust nicht möglich gewesen. Können wir, ja müssen wir nicht heute diese Tatsachen verbinden – thematisieren? Wie stehen wir zu der Tatsache, dass Kriege mit dem Hinweis auf Auschwitz begründet, legitimiert werden? (...) Aus meiner Lebenserfahrung Stellung zu beziehen, heißt für mich unter anderem vergleichen. (...) Der Vergleich ist ein Warnsignal, er soll uns zeigen, was wir tun bzw. nicht tun dürfen. Der Vergleich ist keine Gleichsetzung, aber er kann uns den richtigen Weg zeigen.“

Grenzüberschreitendes Seminar dokumentiert

„Tschechen und Deutsche gemeinsam gegen den Faschismus 1933 bis 1938" hieß ein von der VVN-BdA Bayern im März 2001 im westböhmischen Pec veranstaltetes gemeinsames Seminar mit tschechischen ehemaligen Verfolgten und Widerstandskämpfern und einer Reihe jüngerer am Thema interessierten Teilnehmer aus beiden Ländern. Die Materialien dieses Seminars sind nun als „Dossier Nr. 1" in der Schriftenreihe der Zeitschrift „Deutsch-Tschechische Nachrichten" zusammengefasst worden.

In der Einleitung der Broschüre schreibt die Herausgeberin Renate Hennecke: „Man konnte sich gut vorstellen, wie in dieser gegend die Grenze auf vielen heimlichen Waldwegen unbemerkt überschritten wurde, um Zeitungen, Flugblätter, Klebezettel, Bücher, kurz illegale Druckerzeugnisse jeglicher Art gegen das Hitlerregime ins Deutsche reich zu schmuggeln und verfolgte Hitlergegner in umgekehrter Richtung in Sicherheit zu bringen." Die „Grenzarbeit" der Hitler-Gegner auf bayerischem wie auf tschechischem Gebiet spiele sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in literarischen Texten, die sich mit dieser Zeit und dieser Gegend befassen, immer wieder eine wichtige Rolle. Dies geht auch aus einigen der im Seminar behandelten und jetzt in der Broschüre veröffentlichten Texte und nicht zuletzt aus deren interessantem Literaturverzeichnis hervor.

Renate Hennecke resümiert: „In der Schlussdiskussion wurden drei Themenfelder deutlich, auf denen weiterer Diskussionsbedarf besteht: die weitere Aneignung der gemeinsamen antifaschistischen Geschichte und die Erarbeitung offensiver Positionen gegenüber dem Revanchismus auf dieser Grundlage, die politische Wertung der aktuellen Entwicklungen auf diesem Gebiet der deutsch-tschechischen Beziehungen und die gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen die neonazistischen Gruppen in beiden Ländern." Eine Fortsetzung dieses grenzüberschreitenden Seminars, das sich dieser Themenbereiche annehmen will, findet in Kürze statt.

„Tschechen und Deutsche gemeinsam gegen den Faschismus 1933 bis 1938. Materialien vom Seminar der VVN-BdA, Landesverband Bayern, am 24./25. März 2001 in Pec, Westböhmen, herausgegeben von der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, DTN-Dossier Nr.1, GNN Verlag Hamburg, 72 S., 3,- EUR. – Zu beziehen über das Landesbüro der VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel. 089/53 17 86, Fax 0089/625 86 34.



Die ZeitzeugInnen beim Ammersee-Seminar. Von links nach rechts: Ernst Grube, Anni Pröll, Franz Meisl, Hans Taschner Fotos: Ernst Antoni

Was kam nach der Befreiung?

VVN-BdA Seminar zum Thema „Nachkriegszeit und Kalter Krieg"

Die Otto-Huber-Hütte am Ammersee war gewiss der richtige Ort für das VVN-BdA-Seminar „Nachkriegszeit und Kalter Krieg", das sich vor allem an jugendliche Interessierte wandte. Über die Hoffnungen der aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen Befreiten, die sie mit ihrer Befreiung verbunden hatten, wusste Monika Straube von der Hüttengemeinschaft den Seminarteilnehmern schon vieles zu erzählen. Stand doch die Errichtung dieses heutigen Erholungs- und Bildungszentrums nach 1945 damit in unmittelbarem Zusammenhang: Es waren ehemalige Verfolgte und Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, die sich in Breitbrunn am Ammersee zusammenfanden und die Hütte errichteten.

Als Zeitzeugen für das Seminarporgramm waren Ernst Grube und Martin Löwenberg angekündigt gewesen. Martin konnte wegen einer Operation, der sich seine Frau unterziehen musste, leider nicht teilnehmen. Nachdem aber neben Ernst Grube auch die KameradInnen Anni Pröll, Franz Meisl und Hans Taschner gekommen waren, herrschte an Informationen „aus erster Hand" wirklich kein Mangel. Nicht nur, was das Thema – die Nachkriegszeit und den Kalten Krieg – betraf. Schon bei der Vorstellungsrunde wurde deutlich, wie unterschiedlich die Zugänge waren, die schließlich zur Verfolgung in der NS-Zeit und zum Engagement danach führten. Anni Pröll, als junge Kommunistin in Augsburg im Widerstand engagiert; Ernst Grube, als jüdisches Kind nach Theresienstadt verschleppt; Hans Taschner, aus dem Umfeld des ISK, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, kommend, während des Sturms der SA auf das Münchner Gewerkschaftshaus dort bei den Verteidigern des Gebäudes und später im KZ Dachau inhaftiert und gefoltert – und schließlich Franz Meisl, der als junger Arbeiter, weil er daheim keinen Job fand, noch zu Zeiten der Weimarer Republik in die Sowjetunion ging und, zurückgekommen ins „Dritte Reich", den Nachstellungen der Gestapo ausgesetzt war. Auch seine Mutter wurde von den Nazis eingesperrt, weil sie sich abfällig über Hitler geäußert hatte. Eine Fülle von Lebenswegen, von denen jeder einzelne für die Gestaltung eines ganzen Seminars ausgereicht hätte.

Aber es ging ja um die Nachkriegszeit und den Kalten Krieg, um Restauration und Remilitarisierung. Am Beispiel der Geschichte der VVN seit ihrer Gründung 1947 schilderte Ernst Antoni den Geschichtsverlauf. Die ZeitzeugInnen wussten aus eigenem Erleben zu den einzelnen Etappen viel beizutragen. Und der „rote Faden" blieb das „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg", dem sie sich – genauso wie die jungen SeminarteilnehmerInnen – bis heute verpflichtet fühlen. Hierzu passte auch vortrefflich der in den 80er-Jahren entstandene Film „Der längere Atem" über die Geschichte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik mit Oskar Neumann, dem 1993 verstorbenen ehemaligen Landesvorsitzenden der VVN-BdA Bayern, als „Hauptdarsteller".

Fazit des Seminars: Vier neue Mitglieder in der VVN-BdA (drei davon eindeutig „jugendlich"), viel Spaß miteinander (der von der Seminarleitung mitgebrachte Spielfilm „Wir Wunderkinder" über die 50er-Jahre brauchte am Samstagabend nicht eingesetzt werden, weil ein Rechtsanwalt aus dem Dachauer Umland sich als souveräner Gitarren-Begleiter outete, der mit den melodie- und textkundigen Regensburger „Falken" einen Arbeiterliederabend mühelos auf die Reihe kriegte). Und nicht zuletzt: Glückwunsch an den Kameraden Hans Taschner, der es trotz seiner 91 Jahre noch schafft, von der ersten bis zur letzten Seminarminute engagiert dabei zu sein.

Die Grundrechte verteidigen: Solidarität mit Johann Hartshauser!

Zu den ersten unmittelbar von den neuen sogenannten „Sicherheits- oder „Anti-Terror-Gesetzen“ Betroffenen gehört unser Freisinger VVN-BdA-Kamerad Johann Hartshauser. Unter dem Titel „Die Grundrechte verteidigen: Solidarität mit Johann Hartshauser“ hat der Bundeskongress der VVN-BdA in Berlin einen Antrag verabschiedet, in dem der Sachverhalt geschildert wird (auch die „Süddeutsche Zeitung“ hat bereits über den Fall berichtet).

Am Beispiel Johann Hartshausers wird deutlich, dass sich diese „Sicherheitsgesetze“ nicht wie behauptet gegen terroristische Bestrebungen richten, sondern dass mit ihnen unter anderem der „Radikalenerlass“ unseligen Angedenkens eine Neuauflage erleben soll. Im Folgenden der vom Bundeskongress verabschiedete Antrag im Wortlaut:

Der Bundeskongress der VVN-BdA erklärt sich mit dem Kameraden Johann Hartshauser solidarisch und fordert die Regierung von Oberbayern-Luftamt Südbayern auf, ihm unverzüglich wieder Zugang zu seinem Arbeitsplatz zu gewähren. Johann Hartshauser, Mitglied des Kreisvorstandes der VVN-BdA Freising-Moosburg, arbeitet seit 1995 als Lagerarbeiter am Flughafen München-Franz-Josef-Strauß und ist stellvertretender Vorsitzender eines kämpferischen Betriebsrats, der für die Mitarbeiter viel erreicht hat.

Obwohl bereits bei der Einstellung sicherheitsüberprüft, wurde dem Kameraden Hartshauser nun unter Bezugnahme auf die sogenannten Anti-Terror-Gesetze die Zutrittsberechtigung zum Sicherheitsbereichs des Flughafens und damit zu seinem Arbeitsplatz entzogen.

Dem Kameraden Hartshauser wird vorgeworfen, er sei am 16. Oktober 1983 als Aktivist der Gruppe Internationaler Marxisten festgestellt worden. Des weiteren lägen *“geheimhaltungsbedürftige Erkenntnisse vor, die Ihnen nicht offenbart werden dürfen.”* So wird eine Existenz vernichtet, ohne dass der Verdächtige erfährt, warum. In-Camera-Verfahren nennt sich diese Errungenschaft von Rot-Grün. Dieser Fall ist nur ein Beispiel für die Folgen von Schilys Sicherheitsgesetzen.

Der Bundeskongreß der VVN-BdA fordert deswegen die Rücknahme der von Schily initiierten Sicherheitsgesetze:

- Keine neuen Berufsverbote unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung!
- In-Camera-Verfahren widersprechen jeglichen rechtsstaatlichen Prinzipien!
- Gegen den weiteren Abbau der Grund rechte!
- Gegen den Überwachungsstaat!

Das Geld der „freien Bürger“

Ein Steuerhinterziehungs-Urteil brachte es ans Licht: Manfred Brunner, Gründer und lange Zeit Leitfigur des rechtspopulistischen „Bund Freier Bürger“ (BFB), konnte sich millionenschwerer Zuwendungen aus Bankierskreisen erfreuen.

Wie die Süddeutsche Zeitung am 10. Oktober 2002 berichtete, war einer seiner Haupt-Sponsoren der Milliardär August von Finck, von dem Brunner laut SZ über 8 Millionen Mark bekommen haben soll.

Die SZ zitiert Fincks Bankiers-Kollegen Ferdinand Graf von Galen über die politische Position des Brunner-Unterstützers: „Rechts vom Gustl steht bloß noch der Dschingis-Khan“. Den „Bund Freier Bürger“ hat Brunners Nachfolger im Parteivorsitz, Heiner Kappel, Ende 2000 aufgelöst.

Brunner, der 1996 für den BFB in das Münchner Kommunalparlament als Stadtrat eingezogen war, übte dieses Amt noch bis Mai 2002 – zuletzt als Parteiloser – aus. In der Steuerhinterziehungs-Sache wurde er nun im August dieses Jahres zu einem Jahr Haft auf Bewährung und zur Zahlung von 6000 Euro verurteilt.

Vielleicht hätte er lieber in D-Mark bezahlt. War doch der Kampf gegen die Einführung des Euro einer der populistischen Schwerpunkte in der Politik Brunners und seines Freien-Bürger-Bundes.

Daneben aber – wir haben in Publikationen der VVN-BdA mehrfach darauf hingewiesen – bediente Brunner mit seiner Partei und deren Parolen das ultrarechte Spektrum. „Brunner hatte“, so jetzt die SZ, „wie sein Duzfreund und Helfer Jörg Haider, auf einen Kurs zwischen gutbürgerlich und rechtslastig gesetzt, wobei in den gut besuchten Versammlungen auch völkische und sogar antisemitische Töne laut wurden.“

Interessant ist das schon, weil Brunner wiederum in den 90er-Jahren auch noch hinter der Gründung eines anderen Gremiums stand: Der „Stiftung Demokratie und Marktwirtschaft“, deren Stiftungsrat auch der CSU-Politiker Peter Gauweiler angehörte, der jetzt mit einem Direktmandat in den Bundestag einziehen konnte.

Wir gratulieren

natürlich allen unseren „Geburtstagskindern“. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer „antifa-nachrichten“ sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen „runden“ Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Oktober

Luise Saukel, Nürnberg, 90 Jahre; Hans Wiesbauer, München, 90 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 75 Jahre; Andreas Vollmer, München, 70 Jahre.

November

Anni Schwalme, Neustadt, 90 Jahre; Rudi Macht, Hof, 81 Jahre; Wolfgang Kummer, München 75 Jahre; Anneliese Puchner, Ismaning, 70 Jahre.

Dezember

Ray Helene Dietz, Hof, 89 Jahre; Eleonore Murra, München, 89 Jahre; Adam Renner, Bamberg, 82 Jahre; Irmgard Göhring, Nürnberg, 81 Jahre; Franz Prockl, München, 80 Jahre; Ernst Grube, München, 70 Jahre.

Im Internet:
www.vvn-bda.de/bayern

antifa-nachrichten
Beilage zur antifa-rundschau
Herausgeberin:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Landesverband Bayern.
V.i.S.d.P.:Ernst Antoni
Frauenlobstr. 24/Rgb.
Tel.: 089/531786
Fax: 089/5389464
80337 München
E.i.S